

Karl-Josef Kuschel

Antisemitismus und deutsche Demokratie

Theodor Heuss und seine
»Feldzüge gegen das Vergessen«

Mit drei Schlüsselreden von
Theodor Heuss

Patmos Verlag

VERLAGSGRUPPE PATMOS

PATMOS
ESCHBACH
GRÜNEWALD
THORBECKE
SCHWABEN
VER SACRUM

Die Verlagsgruppe
mit Sinn für das Leben



Für die Verlagsgruppe Patmos ist Nachhaltigkeit ein wichtiger Maßstab ihres Handelns. Wir achten daher auf den Einsatz umweltschonender Ressourcen und Materialien.

Alle Rechte vorbehalten

© 2019 Patmos Verlag

Verlagsgruppe Patmos in der Schwabenverlag AG, Ostfildern

www.patmos.de

Umschlaggestaltung: Finken & Bumiller, Stuttgart

Umschlagabbildung: Deutsche Flagge (vor dem Reichstagsgebäude)

@ canadastock / shutterstock.com

Neue Synagoge, Berlin

© hanohiki / shutterstock.com

Gestaltung, Satz und Repro: Schwabenverlag AG, Ostfildern

Druck: CPI books GmbH, Leck

Hergestellt in Deutschland

ISBN 978-3-8436-1168-8

Inhalt

»Der Antisemitismus in Deutschland zeigt wieder offen seine Fratze« (Bundespräsident Steinmeier) – Zur Neuausgabe aus aktuellem Anlass 11

Prolog: Ein Stück noch ungeschriebener Geschichte 36

I. Konfrontation mit der Vergangenheit:

die Reise nach Israel 1960 49

1. Eine Vorlesung in Jerusalem und ein Grußwort Martin Bubers 50
2. Juden – deutsche Demokraten der ersten Stunde 52
3. In Shavej Zion – einem Stück schwäbischen Israels 54
4. Rexingen und die Erinnerung an Berthold Auerbach 56

II. Feldzüge gegen das Vergessen 58

1. Eine Gedenkstätte für Otto und Martha Hirsch 58
2. Hat Heuss von der Schoa gewusst? 63
3. Informiert über das Faktum, nicht das Ausmaß 67
4. Was man nicht vergessen kann 69
5. Schlussstrich? »Um unseretwillen nicht«! 71

III. Der Rassenantisemitismus und seine tödlichen

Folgen 73

1. Wider den braunen Rassismus: das »Hitler«-Buch von 1932 73
2. Wie die Nazis die »Judenfrage lösen« wollen 77
3. Rassenlehre: »Piefke aus Moabit als Herrenmensch und Held«! 81
4. Die »Pedanterie des Mordens«: das spezifisch Deutsche der Schoa 84

IV. Der »Judenboykott« und das Versagen der Kirchen 89

1. Heuss' Balanceakte zwischen Anpassung und Widerstand 89
2. Terror, Angst und ein »Kropf von verschluckten Wahrheiten« 93
3. Der »Tag von Potsdam«: Heuss' Predigttempfhlung für Otto Dibelius 94
4. »Immer als Antisemiten gewusst«: Otto Dibelius und die »Judenfrage« 99

V. Jenseits von Antisemitismus und Philosemitismus 106

1. Wider ein »entwurzeltes jüdisches Literatentum« 107
2. Antisemitische Anklänge bei Heuss 113
3. Zwischen Emanzipation und Antisemitismus: Juden in Deutschland 116
4. Das ambivalente Judentumsbild Friedrich Naumanns 122
5. Heuss und das »nationaldeutsche« Judentum – eine fatale Nähe 126
6. Die »Deutsche Demokratische Partei« – von vielen Juden gewählt 133
7. Heuss – »einwandfrei ein Rassejude«? 136
8. Wie Heuss die NS-Zeit überlebte 137

VI. »Schmale Wege«: Elly Heuss-Knapps

NS-Spiegelgeschichten 142

1. Ein eigenes politisches Leben als Frau 142
2. Deutsch-jüdische Schicksale im NS-Staat:
Prosaminiaturen 143
3. »Angst«: über Zwangsscheidungen deutsch-jüdischer
Ehen 152
4. Die NS-Rassengesetze und die Debatte um
Zwangsscheidungen 154
5. Spiegelung des Schicksals von Jochen und Johanna
Klepper? 157
6. Spiegelung des Schicksals von Gerta und Reinhold
Maier? 163

VII. Gefährdete Gefährten 169

1. Viele Namen wären zu nennen ... 172
2. Bernhard Schlüchterer: für Deutschland gefallen, sein
Name getilgt 176
3. »Die Heiden waren zurückgekehrt«: Moritz Julius
Bonn 181
4. Erich Eyck: Jurist, Exilant, Historiker,
Ordensträger 185
5. Ernst Jäckh: »Weichensteller« und »Genie der
Menschenbehandlung« 190
6. Siegfried Gumbel: geboren in Heilbronn, ermordet in
Dachau 194
7. Eugen Katz: Nachdenken über »Judentum und
Landwirtschaft« 199
8. Ludwig Frank: ein »badischer Lassalle« und die
»Juden zählung« 1916 203
9. Ludwig Haas: wie Gideon eine »Symbolfigur junger
deutscher Juden« 208
10. Fritz Elsas: ein Berliner Bürgermeister, im KZ
ermordet 214

11. Victor Gollancz und ein »Symbol der Versöhnung« 223
12. Gustav und Toni Stolper: eine »nie gefährdete Freundschaft« 231
13. Konsequenzen: Warum Heuss nach dem Krieg Brücken baut 240

VIII. »Kollektivscham« – eine umstrittene

Wortschöpfung 244

1. Die Kirchen und die »Schuldfrage«: Zwei verpasste Chancen 245
2. »Die Scham, dass man ein Mensch ist«: Hannah Arendt 250
3. »Reinigung aus der Tiefe des Schuldbewusstseins«: Karl Jaspers 253
4. Wie Heuss vom Erinnern redet: »In Memoriam« 1945 259
5. »Kollektivscham« – nicht »Kollektivschuld« 266
6. Jüdische Unterstützung 269
7. Von der persönlichen Scham zur politischen Tugend 272

IX. Einsatz für den christlich-jüdischen Dialog 276

1. Die »Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit« 277
2. Schirmherr der »Woche der Brüderlichkeit« 278
3. Wider Pauschalurteile und Selbstgerechtigkeit 283
4. Es geht um mehr als Toleranz: Kronzeuge Lessing 285
5. Von Tapferkeit, Goldener Regel und Nächstenliebe 287

X. Begegnungen mit Rabbiner Leo Baeck 291

1. Berlin – Theresienstadt – London: Wege eines deutschen Juden 292
2. Theologische Gespräche im Hause Hirsch 294
3. Neues Vertrauen nach der Schoa: Bonn, 22. August 1951 295

4. Ein »erschütternder Weckruf für die christliche Kirche« 298
5. Eine Rede über Maimonides: Düsseldorf, 7. Juli 1954 302
6. Eine »Brücke von Seele zu Seele bauen«: Baeck über Heuss 306

XI. Schirmherr der jüdischen Gemeinschaft 308

1. »Etwas Deutliches muss geschehen«: Heuss als der Drängende 308
2. Adenauers Regierungserklärung zur »Wiedergutmachung« 1951 316
3. Die »Flügel der Weltgeschichte«: London, 6. Dezember 1951 319
4. Einsatz für den Wiederaufbau der Wormser Synagoge 323
5. Das »Luxemburger Abkommen« 1952 331
6. Heuss' Unterstützung 333
7. Was »Wiedergutmachung« meint und nicht meint 335
8. Adenauer erinnert sich an jüdische Hilfe in Not 337

XII. Anerkennung des Staates Israel und das

»Araberproblem« 340

1. Ein Abkommen mit Israel ohne Anerkennung des Staates 340
2. Die deutsche Diplomatie in der Zwickmühle 341
3. Heuss' letzter Brief an Adenauer 343
4. Wahrnehmung des »Araberproblems« 345
5. Für eine »friedsame Regelung mit Hilfe der Welt« 347
6. Bubers Mahnung zum »Einvernehmen mit dem arabischen Volk« 349
7. Heuss – ein Sprecher in der Sache des Friedens? Marx' Brief vom 12. März 1960 350
8. Eine kleine Summe: Heuss' Brief an Buber 1958 354

**Epilog: Charlotte Knobloch oder: Zeichen eines
wiedererstarkten Judentums im Deutschland nach
der Schoa** 360

**Dokumentation: Drei Schlüsselreden von
Theodor Heuss – Kommentar und Text** 373

- I. »Mut zur Liebe«. Rede vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden, 7. Dezember 1949 375
- II. Zur »Woche der Brüderlichkeit«. Rundfunkansprache, 3. März 1952 385
- III. »Das Mahnmal«. Rede bei der Einweihung eines Mahnmals für die Opfer des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen, 30. November 1952 395

**Zeittafel: Die wichtigsten Daten zu Leben, Werk und
Zeit** 407

Literatur 420

- I. Texte von Theodor Heuss 420
- II. Texte von Elly Heuss-Knapp (1881–1952) 422
- III. Schriften von und zu jüdischen Weggefährten 423
- IV. Arbeiten zu Theodor Heuss und seiner Zeit 430
- V. Zum Antisemitismus 436
- VI. Zum Epilog 436
- VII. Eigene Arbeiten zum Interreligiösen Dialog 437

Personenregister 439

Dankeswort zur Erstausgabe 446

Zum Autor 448

»Der Antisemitismus in Deutschland zeigt wieder offen seine Fratze« (Bundespräsident Steinmeier)

Theodor Heuss und die »Feldzüge« der Bundespräsidenten gegen den alten und neuen Antisemitismus als Bedrohung deutscher Demokratie
Zur Neuauflage aus aktuellem Anlass

»Wir dürfen nicht einfach vergessen, dürfen auch nicht Dinge vergessen, die die Menschen gerne vergessen möchten, weil das so angenehm ist. Wir dürfen nicht vergessen die Nürnberger Gesetze, den Judenstern, die Synagogenbrände, den Abtransport von jüdischen Menschen in die Fremde, in das Unglück, in den Tod. Das sind Tatbestände, die wir nicht vergessen sollten, die wir nicht vergessen dürfen, weil wir es uns nicht bequem machen dürfen.«

*Bundespräsident Theodor Heuss
Wiesbadener Rede, Dezember 1949*

»Wir wollen uns nicht daran gewöhnen, dass jüdische Synagogen für immer und ewig von der Polizei geschützt werden müssen. Und wir wollen es nicht hinnehmen, wenn jüdische Mitbürger zum Ziel von Hass und Herabwürdigung werden. Jeder Hassangriff, jede Herabwürdigung und erst recht jede Gewalttat gegen Juden ist ein Angriff auf die Grundlagen unseres Zusammenlebens, auf unsere Verfassung, ja: auf unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft. Und diese Gesellschaft, wenn sie

bleiben will, was sie ist, muss sich wehren gegen jede Form von Antisemitismus: gegen den alten wie den neuen, den lauten wie den leisen, den linken wie den rechten, gegen den in Springerstiefeln genauso wie gegen den in Nadelstreifen! Nichts davon darf Platz haben in unserer Gesellschaft!«

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

März 2019

»Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv bezeichnet wird, Ziel solcher Angriffe sein.«

Antisemitismus-Definition der Internationalen Allianz für

Holocaust-Gedenken, 2016

Dezember 1949. Vor drei Monaten zum ersten Bundespräsidenten der neugegründeten, zweiten deutschen Republik gewählt, nutzt Theodor Heuss die Einladung der im November in Wiesbaden ins Leben gerufenen »Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit«, um eine programmatische Rede zu halten. Ganze vier Jahre nach Ende des völkermordenden Zweiten Weltkriegs und zugleich der NS-Konzentrations- und Vernichtungslager fühlt Heuss bereits die Notwendigkeit, öffentlich darauf hinzuweisen, dass das, was er jetzt sagen werde, »manche Leute ärgern« werde. Er werde in den kommenden Wochen Briefe erhalten, »anonyme Briefe und auch offene Briefe«. Das aber könne ihn nicht stören. Denn es habe in dieser geschichtlichen Stunde »keinen Sinn, um die Dinge herum zu reden«. Das »scheußliche Unrecht, das sich am jüdischen Volk vollzogen« habe, müsse »zur Sprache gebracht« werden. Zwar gehe es ihm nicht darum, pauschal bei jedem, jeder Deutschen Schuldgefühle zu erwecken, deshalb lehne er den Begriff »Kollektivschuld« ab. Aber »so etwas wie

»eine Kollektivscham« sei aus dieser Zeit gewachsen. Denn »das Schlimmste, das uns Hitler angetan« habe – und er habe uns »viel angetan« – sei doch dies gewesen, »dass er uns in die Scham gezwungen« habe, »mit ihm und seinen Gesellen gemeinsam den Namen Deutsche zu tragen«. Und wörtlich fügt Heuss in seiner Wiesbadener Rede (dokumentiert im Anhang zu diesem Buch: Dokumentation) hinzu:

»Wir dürfen nicht einfach vergessen, dürfen auch nicht Dinge vergessen, die die Menschen gerne vergessen möchten, weil das so angenehm ist. Wir dürfen nicht vergessen die Nürnberger Gesetze, den Judenstern, die Synagogenbrände, den Abtransport von jüdischen Menschen in die Fremde, in das Unglück, in den Tod. Das sind Tatbestände, die wir nicht vergessen sollten, die wir nicht vergessen dürfen, weil wir es uns nicht bequem machen dürfen« (Dok 380).

Von Anfang seiner Amtszeit als erstem Bundespräsident an treibt Heuss die Sorge um, dass die Deutschen »zu rasch vergessen« wollten. Schon in seiner Dankesrede nach seiner Wahl zum Staatsoberhaupt hatte er am 12. September 1949 in Bonn erklärt, wir müssten »im Spürgefühl behalten, was uns dorthin geführt« habe, »wo wir heute sind«. Das solle »kein Wort der Rachegefühle, des Hasses sein«. Er hoffe, fährt Heuss fort, dass wir dazu kommen würden, »nun aus dieser Verwirrung der Seele im Volk eine Einheit zu schaffen«. Aber wir dürften es uns »nicht zu leicht machen, nun das vergessen zu haben, was die Hitlerzeit uns gebracht« habe (GrR I, 92f.). Später wird Heuss für sein Engagement zugunsten einer selbstkritischen »Vergangenheitspolitik« und einer demokratischen Erinnerungskultur das Wort vom »Feldzug gegen das Vergessen« prägen (Tagebuchbriefe, 206f.).

2019: Siebzig Jahre ist es her, dass solche Sätze gesprochen wurden. Und sich an sie zu erinnern, heißt daran erinnern, wozu dieses Land nach 1945 einmal »angetreten« war. Ist

Heuss doch nicht irgendeine Gestalt der deutschen Zeitgeschichte. Er hat nicht nur als Delegierter im Parlamentarischen Rat 1948/49 die Gründungsurkunde dieses Staates, das Grundgesetz, maßgeblich mitgestaltet, er hat als erster Bundespräsident dieses Land geistig mitgeformt, will sagen: in ungezählten programmatischen Reden öffentlich formuliert, wozu dieses Land – kontaminiert mit dem Gift der braunen Ideologie, traumatisiert vom totalitären Terror und zerrüttet durch einen verlorenen Krieg – gegründet wurde, auf welche politischen und ethischen Werte es sich verpflichtet hat, in welcher Verfassung es sich befindet und bleiben soll, wie es mit seiner jüngsten Vergangenheit umzugehen gedenkt, kurz: woraufhin sich dieses Land in nachfaschistischer Zeit ausrichten soll.

An Theodor Heuss erinnern, heißt somit in aller Nüchternheit einen Akt demokratischer Selbstvergewisserung vollziehen und Gründungsvoraussetzungen freilegen, auf denen dieses Land gebaut ist. Hat Heuss doch nach einem Wort des Soziologen *Ralph Dahrendorf* (2003) wie kaum ein anderer auf seine Art »dazu beigetragen, deutsche Demokratie dieses Mal auf feste Grundlagen zu stellen.« Bundespräsident *Joachim Gauck*, der 10. Nachfolger im Amt (2012–2017) hat deshalb bei seiner Theodor-Heuss-Gedächtnisvorlesung am 12. Dezember 2013 in Stuttgart nicht zufällig davon gesprochen, Heuss sei einer »jener großen Politiker« gewesen, »der der bundesdeutschen Demokratie den Weg gebahnt« habe. Und nicht nur »über die Demokratie« habe er »wichtige Dinge neu vermittelt«, er habe »auch für eine Erinnerungskultur geworben, die sich später als etwas herausstellen sollte, das geistiger Besitz eines erneuerten Deutschlands« geworden sei.

In diesem Geist hatte sich schon der 7. Nachfolger von Heuss, Bundespräsident *Roman Herzog* (im Amt 1994–1999), veranlasst gesehen, 1996 mit Zustimmung aller Parteien einen jährlichen »Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus« einzurichten und auf den 27. Januar festzulegen, auf

den Tag, an dem die Rote Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreit hatte. Der Bundespräsident hatte mit dieser Entscheidung vor allem auch diejenigen im Blick, die das ganze Verbrechen nicht mehr selbst erlebt hatten.

»Ich wünsche mir«, erklärt *Roman Herzog* am 27. Januar 1996 im Deutschen Bundestag, »dass der 27. Januar zu einem Gedenktag des deutschen Volkes, zu einem wirklichen Tag des Gedenkens, ja des Nachdenkens wird. Nur so vermeiden wir, daß er Alibi-Wirkungen entfaltet, um die es uns am allerwenigsten gehen darf. Eine Kollektivschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nationalsozialismus können wir, wie ich schon sagte, nicht anerkennen; ein solches Eingeständnis würde zumindest denen nicht gerecht, die Leben, Freiheit und Gesundheit im Kampf gegen den Nationalsozialismus und im Einsatz für seine Opfer aufs Spiel gesetzt haben und deren Vermächtnis der Staat ist, in dem wir heute leben. Aber eine kollektive Verantwortung gibt es, und wir haben sie stets bejaht. Sie geht in zwei Richtungen: – Zunächst darf das Erinnern nicht aufhören; denn ohne Erinnerung gibt es weder Überwindung des Bösen noch Lehren für die Zukunft. – Und zum andern zielt die kollektive Verantwortung genau auf die Verwirklichung dieser Lehren, die immer wieder auf dasselbe hinauslaufen: Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Würde des Menschen.«

70 Jahre nach der Wiesbadener Rede und keine 25 Jahre nach Einführung des Gedenktags muss der elfte Nachfolger von Heuss ganz andere Töne anschlagen. Anlässlich der seit 1952 bundesweit jährlich von den »Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit« ausgerichteten »Woche der Brüderlichkeit« (mehr dazu Kap. IX) hält Bundespräsident *Frank-Walter Steinmeier* (im Amt seit Februar 2017) am 10. März 2019 die Eröffnungsrede in Nürnberg und skizziert zunächst die aktuelle neue Lage, indem er Fälle von nicht mehr

für möglich gehaltenen antisemitisch motivierten Übergriffen auf jüdische Mitbürger auflistet:

»Ein jüdischer Schüler einer neunten Klasse in Berlin wird von Mitschülern monatelang gemobbt und bedroht. Er verlässt die Schule, eine, die als besonders international und weltoffen gilt. Männer, die Kippa tragen, werden beschimpft, beleidigt und angegriffen: geschehen in Berlin, in Bonn, in anderen deutschen Städten. In der Nähe des Brandenburger Tores brennen israelische Flaggen. Stolpersteine und jüdische Grabsteine werden beschmiert und geschändet. Die Liste ließe sich fortsetzen. Lang, viel zu lang. Und noch länger ist die Liste der Fälle, von denen wir gar nichts wissen, weil sie nie irgendwo gemeldet wurden.«

Konsequenz? *Frank-Walter Steinmeier* findet auch dazu deutliche Worte:

»Als Bundespräsident dieses Landes beschämt mich jeder einzelne dieser Vorfälle zutiefst. Es beschämt mich und es schmerzt mich, dass Antisemitismus in Deutschland – gerade hier! – wieder häufiger und offen seine Fratze zeigt. Deshalb wünsche ich mir, dass wir, auch heute hier aus Nürnberg, ein deutliches und eindeutiges Signal senden: Antisemitismus ist immer ein Angriff auf unsere gesamte Gesellschaft. Er gilt immer allen. ›Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen, nichts tun‹ ist keine Option, für niemanden von uns. Wer ein freies, ein lebenswertes Land will, der muss einstehen, der muss aufstehen gegen Antisemitismus in jeder Form. Wir wollen und wir dürfen das nicht dulden in unserem Land!«

Was also? Waren die »Feldzüge« von Theodor Heuss »gegen das Vergessen« selber rasch vergessen, zumindest nicht nachhaltig genug? Es sieht fast so aus, wenn man einschlägige, programmatische Reden seiner Nachfolger im Amt des Bun-

despräsidenten einmal unter diesem Aspekt analysiert: Reden zu Gedenktagen wie dem 9. November oder zur Eröffnungen von »Wochen der Brüderlichkeit« oder Reden deutscher Spitzenpolitiker bei Staatsbesuchen in Israel, etwa vor dem israelischen Parlament, der Knesset zu Jerusalem. Solche Ansprachen sind Seismographen für die geheimen oder offenen Erschütterungen im Blick auf einen neuen-alten Antisemitismus in Deutschland und anderswo. Stichproben müssen hier genügen mit dem Focus auf den Amtszeiten von *Roman Herzog* bis *Frank-Walter Steinmeier*. Gemessen an den Interventionen von Heuss, zeigen sie in erschreckender und zugleich ernüchternder Weise, wie früh Bundespräsidenten nach Heuss Phänomene eines neuerwachten Antisemitismus in Deutschland hatten thematisieren müssen. Folglich kann man als Bürger, als Bürgerin dieses Landes nicht länger die Augen davor verschließen: Rassismus und Antisemitismus begleiten wie ein dunkler Schatten auch die jüngere Geschichte der deutschen Demokratie, mit signifikanten Unterschieden allerdings zu der Zeit vor 1945 und neuen Ausprägungen in der Zeit nach 1945. (Alle im folgenden zitierten Texte unter www.bundespraesident.de: Der Bundespräsident/Reden).

9. November 2000. Als achter Bundespräsident nach Heuss spricht *Johannes Rau* (im Amt 1999–2004) bei einer Demonstration vor dem Berliner Brandenburger Tor, nachdem junge deutsche Männer »Ausländer, Behinderte, Obdachlose durch die Straßen gejagt, verletzt und zu Tode geprügelt« hatten. Fast 100 Tote seien seit 1990 Opfer »rechtsextremer Täter« geworden. Das sei »eine Schande für unser Land«. Zugleich erinnert *Johannes Rau* bei diesem symbolischen Datum an die Ereignisse der Reichspogromnacht vom 9. November 1938. Wie auch anders? Häufig werde gesagt, erklärt er, bei uns in Deutschland gäbe es »nicht mehr Fremdenhass und Antisemitismus, nicht mehr Ausländerfeindlichkeit als in anderen

Ländern auch«. Das stimme zwar, entschuldige aber nichts. Wir müssten uns, erklärt *Rau*, gegen Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit im eigenen Land wehren und wegen des 9. November »ganz besonders wach und wachsam sein«: »Jeder Anschlag auf eine jüdische Einrichtung ist ein Anschlag auf uns alle.« Sätze, gesprochen 50 Jahre nach der Wiesbadener Rede von Heuss. Sie waren offenbar bitter nötig.

Im Jahr 2003 kann ein solcher Anschlag gerade noch verhindert werden. In München war gezielt am 9. November 2003 der Grundstein für eine neue Synagoge im Herzen der Stadt, am Jakobsplatz, gelegt worden (mehr dazu im *Epilog* zu diesem Buch). Als Bundespräsident hatte *Johannes Rau* dies mit einer Ansprache begleitet. Wenige Wochen später aber muss er bei einer anderen Gedenkveranstaltung einräumen, dass es in Deutschland *auch* Menschen gäbe, »die dem neu aufblühenden [jüdischen] Leben in Deutschland feindselig gegenüber« stünden. Im September diesen Jahres sei »aufgedeckt worden, dass zur Gewalt bereite und zum Mord entschlossene Rechtsextremisten einen Anschlag für diesen 9. November [in München] geplant« hätten, eine Terrorattacke, die glücklicherweise hätte verhindert werden können. Es habe aber auch schon »vorher immer wieder antisemitische und fremdenfeindliche Vorfälle und Anschläge gegeben.« Der »Feldzug gegen das Vergessen«? Er musste ganz offensichtlich weitergehen.

Dann das Jahr 2004. Spätestens jetzt tritt sichtbar zutage, wie sehr sich die gesellschaftliche und politische Lage in Deutschland und Europa im Vergleich zu Zeiten von Heuss geändert hat. Zum Schlechteren notabene. In Berlin war eine »Antisemitismus-Konferenz« der OSZE zusammengerufen worden, der »Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa«. Bundespräsident *Johannes Rau* hält in seinem letzten Amtsjahr am 28. April 2004 die Eröffnungsrede und weist auf neue neuralgische Punkte hin. Da die meisten die

OSZE nur als Zusammenschluss von Staaten zur gegenseitigen *militärischen* Sicherheitsvorkehrung kennen, macht Rau zunächst klar, dass diese Organisation »den inneren Zusammenhang von internationaler Sicherheit und Menschenrechten erkannt« habe. Die OSZE verstehe sich als eine Institution, »die Normen« setze. Der »Respekt vor den Menschenrechten« sei »eine ihrer wichtigsten Aufgaben«.

Und da Antisemitismus eine der übelsten Formen von Menschenrechtsverletzungen und auch nicht auf Deutschland beschränkt ist, muss eine europäische Institution sich dieser Herausforderung stellen. Denn, so *Rau*, »Europa ist eine Wertegemeinschaft, die ›auf den Gesetzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten und der Rechtstaatlichkeit‹ beruht«. Deshalb müssen die in der OSZE zusammengeschlossenen europäischen Staaten wohl oder übel auf die neue Lage reagieren – 2004. Dabei liegt die Befreiung des KZ und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau erst knapp 60 Jahre zurück. Doch Bundespräsident *Johannes Rau* sieht sich gezwungen, *in Sachen Antisemitismus jetzt auch die europäische Ebene* anzusprechen:

»Wir haben erfahren müssen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus nicht aus der Welt verschwunden sind, auch nicht aus Europa – das gilt für West- und Osteuropa. Sie sind auch nicht aus dem Land verschwunden, das vor 70 Jahren den Mord an den europäischen Juden planmäßig vorbereitet und exekutiert hat: aus Deutschland [...] Diese Konferenz ist – wie die Wiener Antisemitismus-Konferenz im vergangenen Jahr – auch eine Reaktion auf Debatten in jüngster Zeit: Debatten darüber, ob in Europa der Antisemitismus zugenommen hat und zunimmt und ob es in Europa einen ›neuen‹ Antisemitismus gibt.«